

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	5
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	17
<b>A. Einführung in die Thematik</b> .....	19
I. Einleitung .....	19
II. Einordnung, Abgrenzung und Gang der Untersuchung .....	21
III. Historischer Hintergrund .....	24
1. Atomgesetz 1959 und EURATOM .....	24
2. Entwicklungen von 1998 bis 2009 – Der Ausstieg .....	27
a) Atomkonsens I .....	27
b) Atomausstiegsgesetz 2002 .....	30
3. Entwicklungen 2009/2010 – Ausstiegsverzögerung .....	32
a) Atomkonsens II .....	33
b) 11. AtomG-Novelle .....	34
4. Reaktorkatastrophe von Fukushima und die 13. AtomG- Novelle .....	35
5. 16. AtomG-Novelle .....	37
6. 18. AtomG-Novelle und vertragliche Einigung .....	38
7. Zusammenfassung .....	39
<b>B. Verfassungsvorgaben zur Energiepolitik</b> .....	41
I. Wirtschaftliche Neutralität des Grundgesetzes .....	41
II. Öffentliche Aufgabe Energieversorgung .....	42
III. Ermessensspielraum des Gesetzgebers bei wirtschafts- und energiepolitischen Entscheidungen .....	43
IV. Zusammenfassung .....	44

<b>C. Vertrauensschutz als maßgebliche Schranke des Gesetzgebers</b> .....	45
I. Gesetzgebung zwischen Kontinuität und Wandel .....	46
II. Inhalt und Verortung des Vertrauensschutzprinzips .....	48
III. Entstehung schutzwürdigen Vertrauens .....	49
1. Vertrauenstatbestand .....	49
a) Vertrauensgrundlage .....	50
aa) Gesetz als Vertrauensgrundlage .....	50
bb) Kenntnis der Vertrauensgrundlage .....	52
cc) Vertrauen .....	54
b) Vertrauensbetätigung und Vertrauensschaden .....	54
2. Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	55
a) Interessenabwägung zur Herstellung praktischer Konkordanz .....	56
b) Verhältnismäßigkeit .....	56
aa) Art der betroffenen Rechtsgüter und Ausmaß des Vertrauensschadens .....	57
bb) Staatlich veranlasste Dispositionen .....	58
cc) Zeitraum berechtigten Vertrauens, Vorhersehbarkeitsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	61
3. Rechtsfolgen und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers .....	66
a) Bindung an die Vertrauensgrundlage .....	66
b) Übergangs- und Stichtagsregelungen .....	67
aa) Amortisationsdauer als Orientierungspunkt zur Berechnung der Übergangsfrist .....	69
bb) Ermessen des Gesetzgebers .....	70
cc) Vertrauensschutz für bereits amortisierte Eigentumspositionen .....	70
dd) Entgangener Gewinn .....	71
c) Entschädigung .....	72
IV. Vertrauensschutzdogmatik des Bundesverfassungsgerichts bei Gesetzen mit Rückwirkung .....	73

1. Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung ...	74
a) Abweichende Terminologie des Zweiten Senats .....	75
b) Kritik an der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere an der Differenzierung zwischen echter und unechter Rückwirkung .....	76
2. Verbot echter Rückwirkung .....	79
a) Vorhersehbarkeit einer Neuregelung .....	79
b) Beseitigung einer unklaren, verworrenen Rechtslage .....	80
c) Ungültige Normen .....	80
d) Zwingende Gründe des Allgemeinwohls .....	81
e) Bagatellen sowie Verfahrensrecht ohne größere Bedeutung ...	81
3. Grenzen unechter Rückwirkung .....	81
a) Verhältnismäßigkeit .....	82
b) Abwägung zwischen Bestands- und Änderungsinteresse .....	83
c) Strengerer Prüfungsmaßstab bei Wirkung ähnlich einer echten Rückwirkung im Steuerrecht .....	84
V. Vertrauensschutz durch Grundrechtsschutz .....	87
1. Art. 14 GG als spezielle Grundlage von Vertrauensschutz .....	89
a) Verhältnis des rechtstaatlichen Vertrauensschutzes zum eigentumsrechtlichen Vertrauensschutz .....	90
b) Vertrauensschutz als Bestandteil der Eigentumsgarantie .....	90
c) Reichweite des eigentumsrechtlichen Vertrauensschutzes .....	91
d) Zwischenergebnis .....	93
2. Vertrauensschutz im Bereich der Berufsfreiheit aus Art. 12 GG	94
3. Art. 3 Abs. 1 GG als Grundlage des Vertrauensschutzes .....	96
a) Vertrauensschutz durch „Gleichheit in der Zeit“? .....	96
b) Vertrauensschutz durch „Gleichheit im Recht“ .....	98
c) Kontinuität und Vertrauensschutz .....	100
aa) Kontinuität als Verfassungsprinzip nach Anna Leisner .....	100
bb) Kritische Würdigung .....	101
cc) Schlussbetrachtung .....	103

d) Systemgerechtigkeit (Folgerichtigkeit) und Vertrauensschutz .....	104
VI. Zusammenfassung .....	107

## **D. Vereinbarkeit des (beschleunigten) Atomausstiegs mit den Grundsätzen von Rückwirkung und Vertrauensschutz .....**

I. Verfassungsmäßigkeit der Grundsatzentscheidung zur Beendigung der Kernenergienutzung durch das Ausstiegsgesetz 2002 .....	109
1. Vertrauenstatbestand .....	110
a) Vertrauensgrundlage .....	110
aa) Fördermechanismus unter dem Atomgesetz .....	110
bb) Unbefristete atomrechtliche Genehmigung der Anlagen .....	112
b) Vertrauensbetätigung und Vertrauensschaden .....	112
2. Vertrauensschutz durch Rückwirkungsverbot .....	113
a) Vorzeitige Stilllegung bereits laufender Anlagen .....	113
b) Ausschluss weiterer Genehmigungen .....	115
c) Zwischenergebnis .....	116
3. Vertrauensschutz durch Grundrechtsschutz .....	116
a) Vorzeitige Stilllegung bereits im Betrieb befindlicher Anlagen .....	116
aa) Schutz des Eigentums aus Art. 14 Abs.1 GG .....	116
(1) Anlageneigentum und Nutzungsbefugnis aufgrund erteilter unbefristeter Genehmigung .....	116
(2) Atomrechtliche Genehmigung .....	117
(3) Recht am „eingerrichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ .....	119
(4) Vorzeitige Stilllegung als Inhaltsbestimmung des Eigentums .....	121
bb) Schutz der Berufsfreiheit aus Art. 12 GG .....	121
b) Ausschluss weiterer Genehmigungen .....	122

aa)	Kein Eingriff in Art. 14 GG .....	122
bb)	Schutz der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs.1 GG .....	123
(1)	Berufswahl- oder Berufsausübungsregelung .....	123
(2)	Eingriffsintensität und Rechtfertigungslast .....	126
c)	Allgemeiner Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs.1 GG .....	128
d)	Ergebnis .....	128
4.	Rechtfertigung der Grundsatzentscheidung zur Beendigung der Kernenergienutzung aufgrund geänderter politischer Wertungen .....	129
a)	Legitimität der gesetzlichen Beendigung der Kernenergienutzung .....	130
aa)	Grundsätzliche Bemerkungen .....	130
(1)	Keine verfassungsrechtliche Begründungs- und Sachaufklärungspflicht des Gesetzgebers ....	130
(2)	Rationalität, Vernünftigkeit, Vertretbarkeit der Gründe .....	131
(3)	Systemgerechtigkeit .....	132
bb)	Gründe des Gesetzgebers für den Atomausstieg .....	132
(1)	Risikovorsorge zum Schutz des Lebens und der natürlichen Lebensgrundlagen .....	132
(2)	Geänderte Sicherheitsphilosophie und Risikowahrnehmung .....	136
cc)	Gesetzgeberisches Ermessen im Bereich der Nutzung der Kernenergie .....	142
dd)	Zwischenergebnis .....	142
b)	Geeignetheit der Maßnahmen .....	143
c)	Erforderlichkeit .....	144
d)	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	146
aa)	Zumutbarkeit der vorzeitigen Stilllegung bereits im Betrieb befindlicher Anlagen .....	146
bb)	Zumutbarkeit des Ausschlusses weiterer Genehmigungen .....	147
(1)	Kritik am Begriff der „Gemeinwohlbelange“ .....	147
(2)	Abwägung .....	148

e) Ergebnis .....	150
5. Vertrauensschutz jenseits des Rückwirkungsverbots? .....	150
a) Problemkreis der „projektvorbereitenden Investitionen“ .....	151
b) Schutz des Fortwirkungsinteresses der Energieversorger aus Art. 12 GG .....	152
a) Dispositionsbezogener Vertrauensschutz .....	158
b) Übertragbarkeit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu „konkret verfestigten Rechtspositionen“? .....	160
c) Ergebnis .....	161
6. Vertrauensschutz aus Art. 14 GG aufgrund des Rückwirkungsverbots bei vorzeitiger Stilllegung bereits laufender Anlagen .....	162
a) Gewicht der Gemeinwohlbelange .....	162
b) Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	163
aa) Erheblicher Vertrauensschaden .....	163
bb) Reststrommengen als schonende Übergangsregelung .....	164
cc) Sozialer Bezug der Kernenergie .....	167
(1) Energieversorgung als öffentliche Aufgabe .....	168
(2) Kernkraft als „Hochrisikotechnologie“ .....	169
(3) Ungelöste Endlagerproblematik .....	169
(4) Fazit .....	170
dd) Staatlich veranlasste Dispositionen .....	170
ee) Verlust schutzwürdigen Vertrauens durch Aufsichtsmaßnahmen nach AtG .....	171
ff) Politische Diskussion um die Kernenergie .....	171
gg) Kooperatives Handeln der Energieversorger .....	173
(1) Rechtsbindungswille .....	174
(2) Verfassungswidrigkeit des Atomkonsens .....	175
(3) Informales Handeln des Staats als Vertrauensgrundlage .....	177
(4) Fazit .....	178
c) Gesamtabwägung und Ergebnis .....	179

II. Verfassungsmäßigkeit des beschleunigten Ausstiegs durch die	
13. AtomG-Novelle 2011 .....	180
1. Vertrauenstatbestand .....	181
a) Vertrauensgrundlage .....	181
aa) Ausstiegsgesetz vom 22. April 2002 .....	181
bb) Laufzeitverlängerung durch die 11. AtomG-Novelle vom 8. Dezember 2010 .....	181
cc) Einfluss des Atomkonsens I und II auf den Vertrauensgrad .....	182
b) Vertrauensbetätigung und Vertrauensschaden .....	183
aa) Verstrombarkeitsdefizit hinsichtlich der Reststrommengen 2002 durch fixe Abschalttermine sowie „Vollbremsungsschäden“ .....	183
bb) Entzug der Zusatzstrommengen 2010 .....	184
cc) Frustrierte Investitionen im Vertrauen auf die Reststrommengen 2002 und die Zusatzstrommengen 2011 .....	185
2. Vertrauensschutz durch Rückwirkungsverbot .....	185
3. Vertrauensschutz durch Grundrechtsschutz .....	186
a) Grundrechtsrelevanz der 13. AtomG-Novelle insgesamt .....	186
b) Exkurs: Anerkennung der Grundrechtsfähigkeit von Vattenfall .....	187
c) Eigentumsfähigkeit der Reststrommengen aus dem Ausstiegsgesetz 2002 .....	190
d) Eigentumsfähigkeit der Zusatzstrommengen aus der 11. AtomG-Novelle vom 8. Dezember 2010 .....	193
e) Enger Enteignungsbegriff und Vertrauensschutz .....	193
aa) Güterbeschaffungsvorgang als konstitutives Element der Enteignung .....	193
bb) Auswirkungen des engen Enteignungsbegriffs auf den eigentumsrechtlichen Vertrauensschutz aus Art. 14 GG .....	194
f) Zusammenfassung .....	196

4. Vereinbarkeit des Entzugs der Zusatzstrommengen mit dem verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz aus Art. 14 GG .....	197
a) Gewicht der Gemeinwohlbelange .....	197
b) Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	198
aa) Erheblicher Vertrauensschaden .....	198
bb) Atomkonsens II .....	198
cc) Sozialer Bezug der Kernenergie .....	199
dd) Staatlich veranlasste Dispositionen .....	200
ee) Zeitraum berechtigten Vertrauens .....	200
c) Gesamtabwägung und Ergebnis .....	202
5. Vereinbarkeit der festen Abschalttermine mit dem verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz aus Art. 14 GG .....	204
a) Gewicht der Gemeinwohlbelange .....	204
b) Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	205
aa) Höhe der nicht verstrombaren Reststrommengen .....	205
bb) Reststrommengen als vertrauensschützende Übergangsregelung .....	206
cc) Kompensationscharakter der Reststrommengen .....	207
dd) Ungleichbehandlung von RWE und Vattenfall nach Art. 3 Abs. 1 GG .....	207
ee) Atomkonsens I .....	209
c) Gesamtabwägung und Ergebnis .....	209
6. Vertrauensschutz aus Art. 14 GG für frustrierte Investitionen .....	210
a) Frustrierte Investitionen hinsichtlich der nicht verstrombaren Reststrommengen .....	211
b) Kompensation für Vollbremsungsschäden? .....	211
c) Frustrierte Investitionen hinsichtlich der gestrichenen Zusatzstrommengen .....	212
aa) Gewicht der Gemeinwohlbelange .....	213
bb) Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	213
(1) Erheblicher Vertrauensschaden .....	213
(2) Zeitraum berechtigten Vertrauens .....	213

(3) Systemwidriges Handeln des Gesetzgebers durch die 11. AtomG-Novelle .....	214
cc) Gesamtabwägung und Ergebnis .....	214
7. Zusammenfassung .....	216
<b>E. Ergebnisse in Thesen .....</b>	<b>219</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>223</b>